



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich CDU-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 21-1641
	Datum: 20.02.2023 Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	23.02.2023

Kein Gendern im Bezirksamt Bergedorf

Sachverhalt:

Antrag der BAbg. Emrich, Froh, Pelch, Wegner und Fraktion der CDU

Die Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ setzt sich dafür ein, dass die amtliche schriftliche oder elektronische Kommunikation und Veröffentlichung unter Einhaltung der Regeln des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ erfolgt. Vom Rat für deutsche Rechtschreibung werden Genderstern, Binnen-I und Doppelpunkt (Autor*innen, HändlerInnen, Lehrer:innen) nicht empfohlen.

Nach neuesten repräsentativen Umfragen halten immer mehr Deutsche gendergerechte Sprache für unwichtig. Nach einer aktuellen Umfrage von infratest dimap aus dem Februar 2023 bezeichneten 41 Prozent der Befragten die geschlechtersensible Sprache als „gar nicht wichtig“, 21 Prozent als „weniger wichtig“. Und die Zahl der expliziten Befürworterinnen und Befürworter des Genderns sinkt kontinuierlich.

Gendern verkompliziert den Sprachgebrauch, vor allem Texte werden schwieriger zu lesen. Es gibt keinerlei Veranlassung, die Sprache künstlich aufgrund politischer Vorgaben und Ideologien zu verändern.

Auch wenn das Bezirksamt Bergedorf bezüglich des Genderns bislang nicht als Vorreiter aufgetreten ist, sollte hierzu eine grundsätzliche und endgültige Position bezogen werden.

Petition/Beschluss:

Wir beantragen daher, die Bezirksversammlung möge beschließen:

Die Bezirksamtsleiterin wird beauftragt innerhalb des Bezirksamts vorzugeben, dass die deutschsprachige amtliche, schriftliche oder elektronische Kommunikation und Veröffentlichung unter Einhaltung des amtlichen Regelwerks des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ erfolgt.

Anlage/n:
